

Aktuelle Positionen des vhw-Bayern 2026

I. Grundlagen und Entwicklungschancen für Hochschulbeschäftigte

Hochschulen gestalten Zukunft. Sie können ihren Aufgaben nur gerecht werden, wenn sie als attraktive Orte sozialer Begegnung und des Miteinanders von Studierenden und Beschäftigten wahrgenommen werden. Dies erfordert vielerorts eine ästhetische und funktionale Modernisierung von Gebäuden und Freiflächen. Das soziale Miteinander kann aber auch nur erfolgreich sein, wenn Wertschätzung und Entwicklungschancen für jeden Einzelnen gewährleistet sind. Der vhw-Bayern fordert eine breitere Wahrnehmung der Bedürfnisse von Hochschulbeschäftigten aller Statusgruppen. Angesichts sich wandelnder Bedingungen und wachsender Herausforderungen sind Stellenhebungen und die Ausweitung von Beförderungschancen unerlässlich.

II. Reform staatlicher Forschungsförderung und von Befristungsregeln

Der vhw-Bayern unterstützt Bestrebungen zur Verbesserung der Planbarkeit wissenschaftlicher Karrieren und zum Abbau so genannter „Befristungsketten“, die hochqualifiziertem Personal eine Lebenszeitperspektive verwehren. Der VHW ist überzeugt, dass hierfür immer wieder neue Reformen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes nicht ausreichen, zumal diese teilweise neue Probleme auslösen. Der vhw-Bayern fordert deshalb eine Strukturreform der von Bund und Ländern direkt und indirekt finanzierten „Drittmittelforschung“, die bislang fast ausschließlich die Einrichtung befristeter Stellen ermöglicht. Ein sachdienlicher Reformansatz könnte etwa darin bestehen, dass die großen Förderinstitutionen (v.a. BMBF und DFG) für Post-Doc-Stellen selbst Arbeitgeberfunktionen übernehmen.

III. Selbstverwaltungsstrukturen und Mitbestimmung von Personalvertretungen

Der vhw-Bayern sieht mit Sorge eine zunehmende Marginalisierung traditioneller Hochschulgremien durch Tendenzen der Zentralisierung und Bürokratisierung. Gefordert wird eine Modernisierung und Stärkung kollegialer Selbstverwaltungsstrukturen mit effektiver Einbeziehung aller Statusgruppen. Die Wahl von Präsidentinnen und Präsidenten bedarf einer breiten Beteiligung der Hochschulmitglieder. Die Arbeit und personelle Zusammensetzung der Universitäts- und Hochschulräte bedarf regelmäßiger Evaluationen. Der vhw-Bayern setzt sich für Entscheidungstransparenz und Fairness auf allen Ebenen ein. Deshalb sollte eine Reform des Art. 4 BayBVG den Personalvertretungen an bayerischen Hochschulen eine effiziente Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher Regelungen in Stellenbesetzungsverfahren aller Statusgruppen ermöglichen.

IV. Weiterentwicklung der Studiengänge und Prüfungsordnungen

Modularisierung und Digitalisierung haben an bayerischen Hochschulen seit dem Jahr 2008 einen erheblichen Bürokratisierungsschub in Verbindung mit Reformen von Prüfungsordnungen und Neubildungen von Studiengängen ausgelöst, ohne jedoch nachhaltig tragfähige Ergebnisse zu erbringen, zumal sich durch die Entwicklung generativer KI neue Herausforderungen ergeben. Bei der weiteren Entwicklung sind nun Lösungen gefragt, die Bürokratie abbauen und nicht vergrößern. Mehr denn je ist die Kreativität des Lehrpersonals für die Entwicklung adäquater Prüfungsformen gefragt und bedarf einer Minimierung rechtlicher Hürden, etwa einer Streichung der Vorgabe für mündliche Prüfungen nach Art. 84 Abs. 3 Nr. 10 BayHIG.